

Buchbesprechungen

Im Rezensionsteil der Ausgabe 2/2013 der ÖZP ist das Buch „Leitlinienkompetenz des Bundeskanzlers“ von Christoph Müller kritisch besprochen worden. Dabei wurde vom Rezensenten eine Sprache verwendet, die nicht dem Stil einer sachlich-nüchternen Auseinandersetzung entspricht, und es wurden Kritikpunkte geäußert, die nach eingehender nachträglicher Prüfung in einigen Fällen entweder in ihrer wissenschaftlichen Gültigkeit fragwürdig erscheinen oder nicht den Tatsachen entsprechen. Alle bei der ÖZP eingereichten Rezensionen werden normalerweise von mindestens zwei Personen unabhängig voneinander gelesen und eine Veröffentlichung wird sorgfältig abgewogen. Bei diesem Text kam es leider anders, er ist uns gewissermaßen „durchgerutscht“ – mit dem Ergebnis, dass eine inhaltlich unsaubere und sprachlich teils beleidigende Buchbesprechung ihren Weg ins Heft gefunden hat. Dafür möchten wir uns beim Autor des rezensierten Buches ausdrücklich entschuldigen. Bei allen anderen LeserInnen der ÖZP entschuldigen wir uns dafür, dass dieser Text den Standard, den wir uns selbst auferlegen und den man von einem international gerankten Journal erwarten darf, deutlich unterbietet. Für uns war dieser bedauerliche Vorfall Anlass, die internen Prozesse der Hefterstellung nochmals Schritt für Schritt durchzugehen, um zukünftig solche Fehler zu vermeiden.

Thomas König (Sprecher des GHG)

Emmerich Tálos

Das AUSTROFASCHISTISCHE HERRSCHAFTSSYSTEM.

Österreich 1933–1938. Reihe: Politik und Zeitgeschichte, Band 8, 2. Auflage, Wien, Berlin 2013, Lit Verlag, 632 S., 34,90 EUR.

Das Herrschaftssystem der Jahre 1933 bis 1938 ist in Österreich nicht nur ein wissenschaftlich kontroverses Thema, sondern auch ein Politikum. Dabei ist nicht alleine die Bewertung seiner politischen Protagonisten, sondern dessen Charakter insgesamt strittig: Handelte es sich um einen autoritären Ständestaat, eine Kanzlerdiktatur, lediglich um einen Imitations- oder Halffaschismus – oder eben doch um ein eigenständig faschistisches Regime, also um Austrofaschismus? In der bisherigen Forschungsliteratur hat sich diese Brisanz nur bedingt niedergeschlagen. Seit dem erstmals 1984 publizierten, von Emmerich Tálos und Wolfgang Neugebauer herausgegebenen Sammelband „Austrofaschismus“ (Tálos/Neugebauer 1984), der 2005 in überarbeiteter und erweiterter Form neu aufgelegt worden ist (Tálos/Neugebauer 2005), sind zwar eine ganze Reihe von Studien zu einzelnen Aspekten und erst jüngst zwei neue Editionen erschienen, die sich aber vorrangig als Bestandsaufnahmen verstehen (Reiter-Zatloukal/Rothländer/Schölnberger 2012; Wenninger/Dreidemy 2013). Eine fundierte wissenschaftliche Monografie, die ein Gesamtbild des Herrschaftssystems entwirft, wichtige Forschungslücken schließt und auf dieser Basis zu umstrittenen Fragen Stellung bezieht, war bislang ein Desiderat. Diese Lücke füllt nun das neue, über 600 Seiten starke Buch des Politikwissenschaftlers Emmerich Tálos, das sich neben der Forschungsliteratur auf eine Vielzahl von Quellenbeständen stützt. Hervorzuheben sind dabei die Akten der Vaterländischen Front (VF), die erst vor wenigen Jahren vom Sonderarchiv Moskau ins Österreichische Staatsarchiv kamen und nun erstmals ausgewertet wurden.

Die Darstellung von Tálos setzt nicht erst am 4. März 1933 ein, sondern diskutiert die sogenannte „Selbstausschaltung des Parlaments“ (Engelbert Dollfuß) im Kontext längerfristiger antidemokratischer Strömungen und Entwicklungen. Schwerpunkt seiner Untersuchung sind aber die Jahre 1933 bis 1938. Der Autor analysiert zunächst das ideologische Selbstverständnis und die politischen Strukturen des Regimes. Dabei weist er vor allem auf den Widerspruch zwischen Selbstverständnis und Realität hin, denn von einem „Ständestaat“ konnte zu keiner Zeit die Rede sein. So wurden etwa von sieben Berufsständen nur zwei tatsächlich eingerichtet (Landwirtschaft und öffentlicher Dienst) und auch deren reale Bedeutung blieb gering. Zu den Trägerorganisationen und Stützen des Regimes zählten hingegen die im Mai 1933 gegründete Vaterländische Front (VF), die schließlich über drei Millionen Mitglieder umfasste, die Wehrverbände, die staatliche Exekutive und nicht zuletzt die katholische Kirche. Als ideologische Unterstützerin des Austrofaschismus legitimierte sie im damals zu 90% katholischen Österreich die Zerstörung der Demokratie genauso wie die Verfolgung und harte Bestrafung von Regimegegnern. Dafür waren auch materielle Interessen maßgeblich, denen im Konkordat von 1934 auch großzügig Rechnung getragen wurde.

Das austrofaschistische Regime baute zur Eindämmung und Bekämpfung oppositioneller Strömungen einen beachtlichen Repressionsapparat auf: Parteienverbote, harte Strafen (inkl. Doppelbestrafungen), Einführung von Sondergerichten und insbesondere mehrere Anhaltelager, deren bekanntestes jenes im niederösterreichischen Wöllersdorf war, sind dabei zu nennen. Neben Sozialdemokraten und Kommunisten waren darin vor allem Nationalsozialisten interniert, ja sie machten die Mehrheit der Insassen aus. Neben einer detaillierten Studie einzelner Politikbereiche (Wirtschaft, Soziales, Geschlechter, Schu-

le, Medien, Kultur) geht Tólos auch den politischen Stimmungen im Land nach. Dabei zeigen neue Quellen den relativ geringen Rückhalt der Regierungen Dollfuß und Schuschnigg in der Bevölkerung.

Zwei aus meiner Sicht besonders relevante Punkte, die hier genauer und expliziter behandelt werden als bisher, seien aus der umfang- und detailreichen Studie herausgegriffen: erstens das Thema Antisemitismus, das auch in den beiden neueren Sammelbänden zum Thema ausgespart bleibt. Wie Tólos zeigt, hatten Juden im Austrofaschismus zwar gleiche bürgerliche Rechte und genossen Religionsfreiheit. Aber es gab einen verbreiteten, quasi „inoffiziellen“ Antisemitismus, der nicht nur toleriert, sondern auch gefördert wurde. Dazu zählte etwa die sukzessive berufliche Ausgrenzung von Juden oder die Einrichtung jüdischer Parallelklassen in Schulen. Antisemitische Organisationen innerhalb der VF wie das Österreichische Jungvolk oder die christliche Arbeiterbewegung (und in ihr insbesondere Leopold Kunschak) standen in der Tradition einer spezifischen Judenfeindschaft des katholischen Lagers. Dabei zeigte sich jedoch die Problematik der analytischen Unterscheidung zwischen religiös-konfessionellem und rassistischem Antisemitismus, denn tatsächlich waren die Übergänge oftmals fließend.

Zweitens befasst sich die Studie genauer mit der spezifischen Situation des Regimes als „Konkurrenzfaschismus“ zum deutschen Nachbarn, demgegenüber es als Bollwerk agieren wollte. Der Austrofaschismus versagte hier doppelt: Seine Wirtschafts- und Sozialpolitik produzierte ein soziales Desaster (Arbeitslosigkeit, fehlende soziale Sicherheit etc.), während die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik des Nationalsozialismus auf viele attraktiv wirkte. Doch auch der Versuch, etwa mit der Errichtung eines Volkspolitischen Referats in der VF die Nationalsozialisten zu integrieren oder zu neutralisieren, bewirkte nichts anderes als eine zunehmende nationalsozialistische Unterwanderung. Insbesondere die Abkommen mit NS-Deutschland vom Juli 1936 und Februar 1938 stärkten dann entscheidend die Präsenz des Nationalsozialismus in Österreich – bis hinein in die Regierung.

Emmerich Tólos gelingt es abschließend überzeugend, die Einordnung des Herrschaftssystems 1933–1938 in die faschistischen Regime der Zwischenkriegszeit plausibel zu machen, wofür er vor allem den Vergleich mit dem italienischen Faschismus heranzieht. Neben gemeinsamen Negationen (Antiparlamentarismus, Antiliberalismus, Antimarxismus) und autoritär-hierarchischen Vorstellungen folgten beide Faschismen berufsständischen und korporativen Ideen. Beide wollten eine grundlegende Neuordnung der Beziehung Arbeitgeber und Arbeitnehmer, eine Harmonisierung der Interessengegensätze durch einen mit umfassenden autoritären Gewaltmitteln ausgestatteten Staat. Auch beim Vergleich der Monopolorganisationen Vaterländische Front (VF) und Partito Nazionale Fascista (PNF) werden strukturelle und ideologische Parallelen deutlich.

Die Monografie von Emmerich Tólos ist schon jetzt ein zeitgeschichtliches Standardwerk, das vom politikwissenschaftlich geschärften, analytischen Zugang des Autors enorm profitiert. Das komplexe Gerüst des Aufbaus und die ungewöhnliche Fußnotendichte – in denen sich nicht nur Quellenverweise, sondern oft auch ganz wesentliche Zusatzinformationen befinden – erleichtern vielleicht nicht immer die Lesefreundlichkeit und es sind auch einige Redundanzen vorhanden. Dennoch gewähren die systematische Darstellung und die immer klare Sprache die notwendige Orientierung. Nicht nur wegen seiner wissenschaftlichen, sondern auch wegen der politischen Bedeutung ist dem Buch ein über die Scientific Community hinausgehender Leserkreis zu wünschen.

Günther Sandner (Wien)

E-Mail: guenther.sandner@univie.ac.at

LITERATURVERZEICHNIS

Reiter-Zatloukal, Ilse/Christiane Rothländer/Pia Schönberger (Hg.) (2012). Österreich 1933–1938. Interdisziplinäre Bestandsaufnahmen und Perspektiven, Wien/Köln/Graz.

Tólos, Emmerich/Wolfgang Neugebauer (Hg.) (1984). Austrofaschismus. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934–1938, Wien.

Tólos, Emmerich/Wolfgang Neugebauer (Hg.) (2005). Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938, Münster.

Weninger, Florian/Lucile Dreidemy (Hg.) (2013). Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933-1938: Vermessung eines Forschungsfeldes, Wien/Köln/Graz.

Mathias Lichtenwagner

LEERSTELLE. ZUR TOPOGRAFIE DER WEHRMACHTSJUSTIZ IN WIEN VOR UND NACH 1945, Wien 2012, Mandelbaum, 340 S., 24,90 EUR

Während in der BRD bereits im Zuge der Friedensbewegung der 1980er-Jahre zivilgesellschaftliche Gruppierungen entstanden, die sich für die Rehabilitierung der Opfer der NS-Militärjustiz einsetzten, waren in Österreich bis Ende der 1990er-Jahre weder die NS-Wehrmachtsjustiz noch ihre Opfer (Deserteure, Wehrdienstverweigerer, „Selbstverstümmler“ u.a.) ein politisches und wissenschaftliches Thema. Angestoßen von einer studentischen Initiative griffen die Grünen 1999 diesen Topos auf. In einem parlamentarischen Entschließungsantrag wurde die wissenschaftliche Aufarbeitung der NS-Militärjustiz und ihrer österreichischen Opfer beschlossen, im Zuge dessen ein erstes Standardwerk über den Unrechtscharakter der NS-Militärjustiz erarbeitet wurde. Dennoch dauerte es bis zum Jahr 2009; ehe in Österreich alle Opfer der NS-Militärjustiz pauschal rehabilitiert wurden. Als nächster vergangenheitspolitischer Schritt wurde von der Wiener SPÖ/Grünen-Koalition die Errichtung eines Deserteursdenkmals in ihr Regierungsabkommen aufgenommen, das 2014 am Ballhausplatz – einem der zentralsten Orte Wiens – gebaut werden soll.

Von diesen Entwicklungen ausgehend stellt sich der Autor zum einen die Aufgabe, die etwa 20 Orte der NS-Militärjustiz in Wien zeit- und militärhistorisch aufzuarbeiten und zum anderen an diesen Orten und Gebäuden nach Erinnerungszeichen zu suchen und diese zu analysieren. Mit seinen neun Wehrmachtsgerichten war Wien – neben Berlin – der wichtigste Standort der Militärjustiz.

Nach einem einleitenden Kapitel über Struktur, Funktion und Organisation der NS-Wehrmachtsjustiz gliedert sich die Monografie in vier thematische Schwerpunkte, die jeweils einen Aspekt des militärischen Verfolgungsapparats behandeln. Die Struktur der untersuchten Objekte folgt einem durchgehenden Schema: Auf eine historische und architekturgeschichtliche Beschreibung folgt eine Analyse der Funktion der Gebäude während der NS-Zeit; abschließend untersucht der Autor die Nachkriegsgeschichte der großteils im öffentlichen Besitz befindlichen Bauten und sucht – meist vergeblich – nach Erinnerungszeichen an die NS-Zeit.

Das erste Kapitel widmet der Autor den Gerichtsstandorten und Kommandanturen der Wehrmacht in Wien. Als zentraler Ort erweist sich das Gebäude Stubenring 1, in dem diverse Wehrmachtsgerichte, die zentrale Dienstaufsicht über alle Militärgerichte der („ostmärkischen“) Wehrkreise XVII und XVIII und die dazugehörigen Gerichtsherren residierten. Dieses Gebäude war der wichtigste Knotenpunkt im Netzwerk der Wehrmachtsjustiz in Wien, von dem aus der organisatorische und ideologische Aufbau der NS-Militärjustiz in der gesamten „Ostmark“ erfolgte. In dem Haus, das heute von vier Ministerien genutzt wird, wird zwar an dem Zentrum des sogenannten proösterreichischen Widerstandes um Major Carl Szokoll erinnert, doch fehlt sowohl im Gebäude selbst als auch in einer 2004 verfassten Festschrift über den Stubenring 1 jeglicher Hinweis auf dessen Funktion während der NS-Zeit. Diese Leerstelle ist symptomatisch: In keinem der öffentlichen Gebäude, die von 1938 bis 1945 der Militärjustiz als Gerichtsstand oder als Haftstätte dienten, findet sich ein Erinnerungszeichen als Ort der nationalsozialistischen Verfolgung.

Auffallend ist die enge Kooperation der diversen Verfolgungsinstitutionen. Insbesondere die im zweiten Kapitel analysierte Rolle der Wehrmachtsstreifen als verlängerter Arm der Gestapo und der Wehrmachtsjustiz war bislang gänzlich unerforscht.

In einem weiteren Kapitel untersucht Lichtenwagner die sieben Haftanstalten der Wehrmacht in Wien, die als Stätten der Untersuchungshaft, als Arrest- und Gefängnisanstalten oder als „Zwischenlager“ zum Weitertransport in die diversen Wehrmachtsgefängnisse und Straflager dienten.

Die Arbeit schließt mit dem Kapitel „Hinrichtungsorte“, das sich in weiten Teilen auf die Erinnerungen des Wehrmachtspfarrers Josef Loidl stützt. Während im Landesgericht Wien mit dem Fallbeil oder Strang gemordet wurde, erfolgten die Exekutionen am Militärschießplatz Kagran

durch Erschießungskommandos, wobei einiges darauf hindeutet, dass auch in den Gefängnissen Exekutionen stattfanden.

Die akribisch erarbeitete, weitgehend auf Primärquellen basierende Grundlagenstudie erfährt durch anschauliche Fotos und Illustrationen eine wertvolle Ergänzung. Mit der Topografie der Wehrmachtsjustiz in Wien schließt der Autor zum einen eine weitere Leerstelle hinsichtlich des Unrechtscharakters der NS-Militärjustiz, zum anderen macht er die eklatanten Versäumnisse der Republik Österreich auch in diesem Bereich der Vergangenheitspolitik deutlich.

Walter Manoschek (Wien)

E-mail: walter.manoschek@univie.ac.at

Andreas Fischer-Tahir/Matthias Naumann (Hg.)

PERIPHERALIZATION: The Making of Spatial Dependencies and Social Injustice, Wiesbaden 2013, Springer VS, 320 S., 39,95 EUR.

Die Sozial- und Kulturanthropologin und Kurdologin Andrea Fischer-Tahir und der Humangeograf Matthias Naumann haben gemeinsam einen multidisziplinären Band zu unterschiedlichen Aspekten der Peripherisierung herausgegeben, der auch für die Politikwissenschaft längst überfällige Fragen diskutiert.

Der Mangel an Debatten über die Peripherisierung von Grenzregionen, ländlichen Gebieten oder Kleinstädten in den Politikwissenschaften, wird auch in diesem Band deutlich. Mit Matthias Bernt und Eren Düzgün umfasst er nur zwei Beiträge von Politikwissenschaftlern. Dies bedeutet allerdings nicht, dass die anderen Beiträge, die v.a. aus der kritischen Geografie stammen, für die Politikwissenschaft irrelevant wären. Im Gegenteil, verweisen sie doch auf eine weitgehende Leerstelle unserer eigenen Disziplin.

Nach einer Einführung in die wissenschaftliche Debatte und den Forschungsstand, in der sich die HerausgeberInnen v.a. auf neomarxistische SozialanthropologInnen wie Claude Meillassoux (S. 13) und die anglophone marxistische Humangeografie beziehen (S. 15), folgen drei Beiträge, die sich mit dem Themenkomplex Peripherisierung und Entwicklung beschäftigen. Eren Düzgün argumentiert in seinem Beitrag, dass das Konzept der Peripherisierung, wie es derzeit von kritischen Geografen, aber auch von WissenschaftlerInnen aus dem Bereich der Internationalen Beziehungen und der Internationalen Politischen Ökonomie verwendet wird, nicht ausreicht, um eine befriedigende Erklärung für die Transformationen und Differenzierungen von Raum in der Weltgeschichte zu liefern (S. 29). Benjamin Zachariah beschäftigt sich mit Peripherie und Unzugehörigkeit in Indien anhand des Nehru'schen „Developmentalism as, or instead of, civic nationalism“ (S. 60).

Antia Mato Bouzas setzt sich ausführlich mit der Kaschmir-Frage und der Peripherisierung der von Pakistan be-

anspruchten und beherrschten – allerdings nie völlig integrierten – Region Gilgit-Baltistan auseinander. Diese Region im Westen des früheren Kaschmir, die bis in die 1970er-Jahre hinein von de facto autonomen Königreichen beherrscht wurde und von einer Bevölkerung mit einer Vielzahl verschiedener Sprachen und unterschiedlicher islamischer Bekenntnisse (12er-Schiiten, Ismailiten, Sunniten, Noorbashis) bewohnt wird, steht heute zwar unter pakistanischer Herrschaft, allerdings besitzen seine BewohnerInnen weder alle staatsbürgerlichen und politischen Rechte, noch kümmert sich der Staat um seine zentralen Aufgaben. Gilgit-Baltistan ist für Pakistan vielmehr ein militärisches Aufmarschgebiet bzw. eine militarisierete Grenzregion an der Waffenstillstandslinie mit Indien, die das historische Kaschmir in zwei bzw. drei Teile teilt. Was die staatlichen Aufgaben gegenüber der lokalen Bevölkerung betrifft, ortet Bouzas eine „NGOization of most of Gilgit-Baltistan“ (S. 90), die großteils auf „faith-based NGOs“ (S. 90) wie dem Agha Khan Rural Support Programme beruht und die wiederum neue Abhängigkeiten erzeugen würden.

Tim Leibert beschäftigt sich mit dem ländlichen Ungarn und Arian Mahzouni mit dem Auseinanderdriften der ländlichen Regionen und der drei urbanen Zentren Irakis-Kurdistans. Weitere Beiträge behandeln den Niedergang ländlicher Regionen und Kleinstädte in der ehemaligen DDR und die Auswirkungen der Schengen-Grenze bzw. des EU-Grenzregimes auf die Grenzregionen im Osten der Europäischen Union.

In einem dritten Teil befassen sich vier Beiträge mit Peripherisierung und urbaner Fragmentierung. Bemerkenswert ist dabei v.a. der Text von Jan Simon Hutta, der sich mit „Queer Citizenship“ (S. 241) in den Vorstädten von Rio de Janeiro beschäftigt und den Überschneidungen von Rassismus, Homophobie und Peripherisierung auf den Grund geht. Aber auch der Beitrag von Doralice Sátyro Maia über sozialen Wohnbau und urbane Fragmentierung in Brasilien und ein Artikel über die Krise von Kleinstädten in Rumänien runden die Beispiele für die von Manfred Kühn und Matthias Bernt am Ende angerissene theoretische Debatte sinnvoll ab.

Da diese bisher allerdings fast nur in der kritischen Geografie geführt wurde, hingegen gerade auch für die Politikwissenschaft von enormer Bedeutung wäre, ist diesem Buch auch unter PolitikwissenschaftlerInnen eine entsprechende Verbreitung zu wünschen. Selbst für einen analytischen Blick auf den Niedergang vieler nicht für den Tourismus erschlossenen ländlichen Regionen Österreichs, deindustrialisierter Kleinstädte in der Obersteiermark oder im niederösterreichischen Industrieviertel würden die in diesem Band vorgestellten theoretischen Ansätze durchaus Sinn machen. Ganz zu schweigen von hierzulande seltenen Blicken über die Grenzen Österreichs hinaus.

Thomas Schmidinger (Wien)
E-Mail: thomas.schmidinger@univie.ac.at

David Patrikarakos

ATOMMACHT IRAN. Die Geburt eines nuklearen Staats, Berlin 2013, Europaverlag, 432 S., 24,99 EUR.

In der deutschsprachigen Öffentlichkeit werden immer wieder Zweifel formuliert, ob die Machthaber in Teheran wirklich an Atomwaffen bauen. Insofern hat hierzulande ein Buch allein schon dadurch seine Berechtigung, dass es diese Zweifel mit einer luziden Darstellung von Geschehnissen und Gegenwart des iranischen Nuklearprogramms und der iranischen Verhandlungsführung weitgehend auszuräumen vermag (engl. Originalf.: Patrikarakos 2012). In keiner anderen deutschsprachigen Publikation zu dem Thema wurde bisher derart minutiös dargelegt, wie die Ajatollahs sowohl die Urananreicherung als auch die Plutoniumproduktion im Schwerwasserreaktor in Arak, also „die beiden Wege zu einer Atombombe“ (S. 15), unbeirrt vorantreiben. David Patrikarakos, der als Journalist unter anderem für den *Guardian*, die *London Review of Books* und die *Financial Times* tätig ist, legt überzeugend dar, wie das iranische Regime jahrzehntelang Vertragsverletzungen begangen und die Weltöffentlichkeit über seine atomaren Aktivitäten systematisch getäuscht hat. Das Buch ist daher auch ein unmittelbarer Kommentar und Einspruch zur aktuellen Iran-Debatte, in welcher der im Juni 2013 gewählte Präsident Hassan Rouhani bei seiner Rede vor den Vereinten Nationen im September 2013 mit der Lüge reüssieren konnte, der Iran habe bezüglich seines Atomprogramms nie den Weg der Täuschung und Heimlichtuerei gewählt.

Die sich über weite Strecken auch auf persische Quellen stützende Darstellung der Tätigkeit Rouhanis als iranischer Chefunterhändler in den Atomverhandlungen mit den EU-3 in den Jahren 2003 bis 2005 widerspricht der gegenwärtig weitverbreiteten Einschätzung, Rouhani habe in diesen Gesprächen aus westlicher Perspektive eine positive Rolle gespielt. Sie legt vielmehr nahe, dass der neue Präsident das iranische Atomprogramm in der Zeit der Präsidentschaft Khatamis durch sein Verhandlungsgeschick und in unmittelbarer Abstimmung mit dem Obersten Geistlichen Führer Ali Khamenei entscheidend vorangebracht hat.

Patrikarakos führt aus, dass allein um Shahab-Raketen zu entwickeln, die in der Lage sind, nukleare Sprengköpfe zu transportieren, und die in keinem konventionellen militärischen Szenario Sinn machen würden, mehrere Milliarden Dollar ausgegeben wurden. Vor diesem Hintergrund kommt er zum Schluss, dass die Möglichkeit eines Angriffs auf das iranische Vernichtungspotenzial beängstigend sein möge, „aber die Aussicht, es könnte eine Atommacht Iran geben, ist noch schlimmer“; die iranische Bombe müsse „um jeden Preis verhindert werden“ (S. 19).

Das verwundert allerdings insofern, als Patrikarakos kaum in der Lage ist, die Gefahren, die vom djihadistischen Nukleareifer ausgehen, angemessen herauszuarbeiten. Seine Ausführungen beschränken sich über weite Strecken

auf eine ausgesprochen detaillierte, aber mitunter zu sehr ins Journalistische abgleitende Nacherzählung der Auseinandersetzungen über das iranische Nuklearprogramm. Mit der Ideologie des iranischen Regimes setzt er sich hingegen kaum auseinander. Genau das wäre aber notwendig: Niemand würde sich sonderlich Sorgen machen, wenn Island oder Irland morgen verkünden würden, sie wollten eine Atombombe bauen. Auch beim iranischen Regime resultiert die besondere Gefährlichkeit des Atomprogramms nicht aus diesem selbst, sondern aus seiner Kombination mit eliminatorischem Antizionismus, globalem Herrschaftsanspruch und djihadistischem Messianismus.

Bei Patrikarakos' knapp gehaltenem Versuch, die Ideologie des iranischen Regimes zu bestimmen, kommt der Antisemitismus, der sich keineswegs nur in wüsten Attacken gegen Israel artikuliert, gar nicht vor. Er qualifiziert die politischen Ansichten der Ajatollahs als „vollkommen undifferenziert“ (S. 145) und verwechselt die Konkurrenz der das Regime konstituierenden Eliten, die permanent über die angemessenen Mittel zur Umsetzung der Ziele der „Islamischen Republik“ streiten, mit diffusen Vorstellungen über diese Ziele selbst. Wenn Patrikarakos überhaupt auf die antiisraelischen Vernichtungsdrohungen zu sprechen kommt, die auch nach der Wahl Rouhanis keineswegs aufgehört haben, verharmlost er sie: Sie seien „mehr der Wahrnehmung Israels“ als Statthalter der USA im Nahen Osten „als einer echten ideologischen Feindschaft gegenüber Tel Aviv“ geschuldet und es sei „dumm“ gewesen, derartige Hetze gegen den jüdischen Staat zu betreiben (S. 215).

Spätestens hier müsste er sich die Frage stellen, warum diese Drohungen dann trotzdem permanent wiederholt werden, wo er selbst die Machthaber in Teheran, die mittlerweile seit über drei Dekaden Herrschaftswissen akkumulieren, ganz richtig als das Gegenteil von „dummen“ Akteuren charakterisiert. Die Vernichtungsdrohungen gegen den jüdischen Staat, das weiß man aus der einschlägigen Literatur, sind eben kein rhetorisches Beiwerk, sondern eines der zentralen Elemente der islamistischen Ideologie, die von ausnahmslos allen Fraktionen des Regimes geteilt werden.

Zu der bisherigen Sanktionspolitik meint Patrikarakos, das iranische Regime sei „weiterhin in der Lage, Verluste

im Handel mit der EU zu neutralisieren“ (S. 323). Diesbezüglich widersprechen ihm mittlerweile selbst zentrale Stützen der iranischen Machtarchitektur, die im dramatischen Tonfall vor den bisherigen Folgen insbesondere der Erdölsanktionen warnen, die allein 2012 dem Land einen Verlust von 30 Milliarden Euro beschert haben.

Patrikarakos wiederholt die Fehleinschätzung, dass das „Säbelrasseln“ (S. 267) der Bush-Administration viele junge Iraner an die Seite der Machthaber getrieben habe – eine Beurteilung, die schon vor 2009 nicht stimmte, aber nach dem Aufstand der jungen Iraner als Reaktion auf die Farce der letzten Präsidentschaftswahlen offensichtlicher Unsinn ist. Er lobt Barak Obama dafür, dass er 2009 „Geschichtsbewusstsein“ gezeigt habe, da er der Versuchung „widerstanden“ habe, Teheran allzu deutlich für seine brutale Repressionspolitik gegen die Freiheitsbewegung zu kritisieren (S. 340), erwähnt aber nicht, dass die im Iran unter Lebensgefahr für ihre politische und persönliche Freiheit Kämpfenden den US-Präsidenten explizit aufforderten, klar Stellung zu beziehen, als sie skandierten: „Obama, Obama, entweder an unserer oder an deren Seite!“

Patrikarakos Buch bietet eine Fülle an Detailwissen über den konkreten Ablauf der seit Jahren andauernden Verhandlungen über das iranische Nuklearprogramm, fasst den Stand des Atomprogramms weitgehend angemessen zusammen und ist in diesen Aspekten sowohl für Iran-Spezialisten und -Spezialistinnen als auch für allgemein politisch Interessierte wertvoll. Zur Diskussion über den Charakter des Regimes der Ajatollahs vermag es jedoch keinen substanziellen Beitrag zu leisten. Gerade diese Diskussion wäre heute aber notwendig, um zu begreifen, dass sich durch den neuen iranischen Präsidenten Hassan Rouhani so gut wie nichts an den Gefahren geändert hat, die von den Machthabern in Teheran sowohl für Israel und den Westen als auch für die iranische Bevölkerung ausgehen.

Stephan Grigat (Wien)

E-Mail: Stephan.Grigat@univie.ac.at

LITERATURVERZEICHNIS

Patrikarakos, David (2012). Nuclear Iran: The Birth of an Atomic State, London/New York.